

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meck'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom) für Dr. Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

№ 167.

Neuenbürg, Donnerstag, den 20. Juli 1922.

80. Jahrgang.

Deutschland.

Stuttgart, 19. Juli. (Beamten- und Staatsarbeitervereinsung.) Auf Dienstag Abend hat der Gesamtverband deutscher Beamten- und Staatsangestellter-Gewerkschaften eine allgemeine Beamten- und Staatsarbeiterversammlung in der Kongressaal der Niederhalle einberufen, um zu der gegenwärtigen Teuerungsentwicklung Stellung zu nehmen und die Forderungen der Beamten- und Staatsarbeiterschaft zum Ausdruck zu bringen. Die Versammlung wurde durch den Vorsitzenden der Beamten- und Staatsarbeiterschaft zum Vorsitzenden der Versammlung ernannt. Die Versammlung hat vor allem dadurch, daß das Reichsfinanzministerium zu nicht aus politischen Gründen die Verhandlungen verweigern wollte. Wie die Ausführungen der Redner zeigen, ist jedoch inzwischen eine Verständigung dahin erzielt worden, umgehend Verhandlungen über Erhöhung der Teuerungsbeträge zu führen. Als erster Redner sprach Verbandssekretär Hülb (Deutsche Postgewerkschaft). Er führte z. a. an, daß die Regelung der Gehälter und Löhne durch die langwierige Teuerung längst überholt sei. In scharfer Weise zeigte der Redner die vom Reichsfinanzministerium an die Spitzenorganisationen erteilte Antwort, als ob durch die Umbenennung die gegenwärtige Teuerung ausgeglichen sei. Diese wirtschaftsfeindliche Stellungnahme der Regierung zeigt, daß sie durchaus falsch unterrichtet ist, oder die wirkliche Not und das Leid der Staatsarbeiter und Beamten nicht sehen will. Es ist bedauerlich, daß erst die gewerkschaftlichen Organisationen einen Druck auf die Regierung ausüben mußten, bis sie sich zu Verhandlungen bereit erklärte. Der Redner zeigte dann die gewaltige Teuerung an statistischen Nachweisungen. Obersekretär Günter von Eisenbahnbeamtenverein des mittleren Dienstes (D. Verkehrsbeamten-Gewerkschaft) betonte, wie allmählich beim Beamten ein guter Wille der Republik geweckt werde, obwohl gerade die würt. Verkehrsbeamten trotz dieser der Regierung helfen. Es sei notwendig, eine Stabilisierung der Mark herbeizuführen und den Beamten und Arbeitern zu helfen. Zum Schluß wandte sich der Redner gegen das Reichsverkehrsministerium, das unter Bruch des Einheitsvertrags die Befehle der bisherigen Eisenbahn-Direktion immer mehr einschränkt. Verbandssekretär Hülb vom Würt. Eisenbahnverband behandelte die organisatorischen und gewerkschaftlichen Voraussetzungen bei der Führung von Teuerungsverhandlungen und forderte ein einmütiges Zusammenhalten der gewerkschaftlichen Aufnahmehilfe der Beamten und Staatsarbeiter und beleuchtete die Tätigkeit des Gesamtverbands deutscher Beamten- und Staatsangestellter-Gewerkschaften. Nach lebhafter Aussprache wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen: Die Veranlassung fordert von der Reichsregierung die unverzügliche Aufnahme von Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen um Erhöhung der Einkommen und die Zahlung der Teuerungsbeträge. Die Gehalts- und Lohnempfänger in Reich, Staat und Gemeinde sind bei der immer weiter steigenden Teuerung nicht mehr in der Lage, mit den jetzigen Besoldungen den Lebensunterhalt für sich und ihre Familien zu bestreiten und ihrer Pflichtverpflichtung gerecht zu werden. Die Versammlung fordert die Reichsregierung auf, die außerordentlichen Ereignisse, die durch die bedauerlichen finanziellen Schwierigkeiten, die nicht zu übersehen sind, sich ihr Stand der sein soll, dem eine Erhöhung der Einkommen an die Teuerungsbeträge veranlaßt wird. Die würt. Landesregierung wird gebeten, daß sie ihren ganzen Einfluß bei der Reichsregierung geltend macht, um die große Notlage der Beamten und Arbeiter zu beseitigen. Die Forderungen und Stellungnahme des Gesamtverbands deutscher Beamten- und Staatsangestellter-Gewerkschaften werden gebilligt und unterstützt und von der Reichsregierung und allen öffentlichen Körperschaften volles Verständnis für die Berechtigung dieses Vorgehens erwartet.

Stuttgart, 19. Juli. Durch den neuen Staatsbaubehälter für 1921 soll die Rente der früheren Königin Charlotte, die bisher vertragmäßig 100 000 Mark im Jahr betragen hat, künftig wegen der inzwischen eingetretenen starken Geldentwertung auf 30 000 Mark erhöht werden. Dergleichen soll noch ein Teuerungszuschuß in Höhe der den Beamtenwitwen jeweils zuzurechnenden Teuerungszulagen, im vorliegenden Fall in Höhe von 40 000 Mark kommen.

Stuttgart, 19. Juli. In einer Bezirksversammlung der Würt. Zentrumspartei wurde nach einem Vortrag des Reichsleiters Reichmann über die Getreideumlage einstimmig folgende Entschließung angenommen: Angesichts des schlechten Standes der Winterfrüchte im Bezirk Neckar-Oberrhein, die vielfach nicht einmal den eigenen Bedarf decken werden, mannsamal kann die Saatfruchtmenge abgeben, wird die Regierung ersucht, den Stand des Getreides auf dem Felde nachprüfen zu lassen und nach dem Ergebnis der Feldbesichtigung, wo es nötig ist, das Ablieferungsloos zu ermäßigen und gegebenenfalls ganz zu erlassen.

Berlin, 19. Juli. Die Mitglieder der gemischten Kommission für Überschüssen wurden gestern von Reichspräsident Ebert empfangen. An den Empfang schloß sich ein Frühstück, an dem auch der Reichsminister, der schweizerische Geschäftsträger in Berlin, Reichsanwalt Bauer, der preussische Ministerpräsident Braun, Reichsfinanzminister Schuler und Staatssekretär Gumbel, sowie eine Reihe anderer Persönlichkeiten teilnahmen. Dabei wurden zwischen Reichspräsident Ebert und dem Präsidenten der gemischten Kommission Calonder herzliche Trinkbrände gewechselt.

Die Ratschlagschläge im Steueranschuss.

Stuttgart, 18. Juli. Der Steueranschuss legte am Dienstag nachmittags die Beratung des Landessteuer-Ausführungsrichters bei Artikel 2 des Entwurfs fort, der von der Grund- und Gewerbesteuer handelt. Die Regierungsvorlage sieht einen Zuschlag zum Grundsteuersatz von 100 Prozent für das Jahr 1922 vor. Dergleichen lag eine Reihe von Abänderungsanträgen vor. So ein Antrag Winder (Soz.), der 100 Prozent beim

Grundsteuersatz und 1700 Prozent beim Waldsteuersatz verlangt, ein Antrag Schief (D.D.), der für Steuerpflichtige, deren Grundbesitzvermögen 100 Mark übersteigt, bei landwirtschaftlichen Grundbesitz einen Zuschlag von 1500 Prozent und beim Wald einen Zuschlag von 1700 Prozent verlangt, ferner ein Antrag Ströbel (W.), der allgemein ein Zuschlag 800 Prozent vorschlägt und ein Antrag Lind und Genossen (Zentr.), der 500 Prozent verlangt. Von sozialistischer Seite wurde auf die außerordentliche Steigerung der Preise für landwirtschaftliche Produkte hingewiesen, vom Bauernbund gegenüber der Regierung die Forderung vorgebracht, daß der Prozentfuß des zum Umgepreises abgegebenen Getreides tatsächlich 40 Prozent betrage. Es müsse auch noch die Getreidemenge berücksichtigt werden, die als Saatgut und für den Haushalt benötigt werde. Zum Antrag Schief wurde hervorgehoben, daß die größeren Betriebe mit über 700 Prozent Steuerfabrikal, die etwa eine Größe von 10 Hektar umfassen, eine größere Steuerleistungsfähigkeit haben, und daß deshalb eine höhere Zuschlag gerechtfertigt erweise. Die Regierung trat der verschiedenen Behandlung der größeren und kleineren Betriebe entgegen, namentlich unter dem Gesichtspunkt der einheitlichen Durchführung des Gesetzes. Außerdem wurden auch politische Bedenken gemacht, denn eine unterschiedliche Behandlung würde zu einer Verunsicherung unter den Landwirten führen. Bei der Abstimmung wurde der Antrag Winder (Soz.) mit 12 gegen 8 Stimmen der Soz. und U.S.P. abgelehnt, der Antrag Schief mit 9 Stimmen des Zentrums, der W.P. und des W.H. gegen 8 Stimmen der Linken. Abgelehnt wurde auch der Antrag Ströbel (W.) mit 12 gegen 4 (W.P. und ein U.P.) bei einer Enthaltung. Der Antrag Lind (Zentr.) wurde mit 9 gegen 8 Stimmen der D.D., Soz. und U.S.P. angenommen. Mittwoch nachmittags Fortsetzung.

Bayern nach Annahme der Schutzrechte.

München, 19. Juli. Nachdem in Berlin die Entscheidung für die Annahme der Schutzrechte gefallen ist, werden sich in Bayern Regierung und Koalition schäftig machen müssen, ob sie sich hinter die Reichsregierung stellen, oder ob eine Befragung des bayerischen Volkes, das heißt, eine Landtagsaufschiebung vorgenommen werden soll. Es gibt keinen anderen Ausweg als dieses: Entweder zur Reichsregierung stehen, oder Volksbefragung. Zu dem für heute vormittag angesetzten Ministerrat wird der bayerische Gesandte in Berlin Dr. v. Breger erwartet, damit er dem Ministerrat aus persönlicher Kenntnis der ganzen Verhandlungen und der Stimmung in Berlin Bericht erstatte. Schon etwas über die eventuellen Beschlüsse der Regierung und der Regierungskoalition vorzutragen, wäre politische Vermessenheit. Wenn man die politischen Morgenblätter liest, so sieht man, daß die Münchener Reichs-Nachrichten von der bayerischen Regierung Erfüllung der Reichstreue verlangen. Sie raten der bayerischen Regierung, mit Festigkeit und Klarheit ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß der Vollzug des Gesetzes dem Reiche nicht größeren Schaden als seine Annahme bringe, und daß die bundesstaatliche Selbständigkeit Achtung finde. Wenn Worte Sinn haben, so können diese Sätze der Münchener Reichs-Nachrichten nur dahin gedeutet werden, daß sich die bayerische Regierung hinter die Reichsregierung stellen müsse, aber dafür sorgen solle, daß die Ausnahmegesetze baldigst fallen. Die rechtsrheinische Münchener Ausbürger Abendzeitung kommt zu folgendem Schluß: Von der bayerischen Regierung erwarten wir, daß sie sich von ihrem klar erkannten Rechtsstandpunkt nicht abbringen läßt, sondern fest bleibt und ihre Rechte wahr zum Wohle des Reiches. Die Münchener Reichs-Nachrichten, die den linken Flügel der bayerischen Volkspartei vertritt, meint: „Daß die bayerische Volkspartei und mit ihr die Majorität des Landtages diese Befreiung anerkennt, ist außer Zweifel, das wäre ihr Lob. Wir hoffen, daß sich doch noch ein Weg finden läßt, um aus dem Wirrwahl herauszukommen.“

Zur Ermittlung der Rathenau-Mörder.

Berlin, 18. Juli. Der Mieter der Soale-Burg, in welcher sich die Mörder des Ministers Rathenau erschossen haben, ist wegen des Verdachts der Begünstigung festgenommen worden. Er wird nach Berlin übergeführt. Die Ermittlungen der Berliner politischen Polizei erstrecken sich jetzt weiterhin darauf, festzustellen, ob noch weitere Versionen der Begünstigung schuldig sind. Es wird festzustellen sein, welche Befreiung der Mörder von Fischer und Kern in den Tagen vom 9. bis 17. Juli unterstellt haben. In dieser Hinsicht ist folgendes bemerkenswert: Die Leiche von Kern weist an beiden Oberarmen halberbeulte, etwa 8 Tage alte Schnittwunden von Schnittschüssen auf. Derjenige, der in den letzten 8 bis 10 Tagen mit Schrot auf verdächtige Personen geschossen hat, wird gebeten, dem Berliner Polizeipräsidenten, Abteilung Ia, Mitteilung zu machen.

Berlin, 18. Juli. Das Berliner Tageblatt meldet, wenn die Entdeckung des Schlupfwinkels der Mörder Rathenaus nur einige Stunden später erfolgt wäre, so würden sie wieder erschossen sein, denn sie hätten bereits durch Telefonführung mit München genommen und von dort waren schon mehrere Helfer mit Geld und falschen Pässen unterwegs. Diese sollten auch andere Kleidung bringen und sodann beide, aber getrennt, über die holländische Grenze bringen. Nach dem „Abendangebot“ ist Dr. Stein ein Mann, der sich besonders durch seine Verdienste um die Pflege des deutschen Bürgermeisters einen hervorragenden Namen gemacht hat. Er ist Anhänger der Deutsch-Nationalen und befreit entschieden, von dem Aufstand der beiden etwas gemußt zu haben, mit denen er nie etwas zu tun gehabt habe. Er wurde heute früh mit seiner Frau zur Staatsanwaltschaft nach Rammberg berufen, wo er heute mittag noch weilte.

Ludendorff verteidigt sich.

Berlin, 19. Juli. General Ludendorff hat im „Daily Express“ auf eine Anfrage mitgeteilt, daß er den Mord an Ra-

ubenau auf bolschewistische Intrigen zurückführe. Die Wälder veröffentlichten jetzt ausführlich Darlegungen Ludendorffs, in denen er die Überzeugung zu begründen sucht. Er führt an, daß bei dem russischen Obersten Freiberg bolschewistische Wehrblätter und u. a. auch ein Bericht vorgefunden worden sei, nach dem die Sowjetregierung ihre Berliner Vertreter angewiesen hätte, unter der Maske Deutschnationaler in die extremen deutschen Organisationen sich einzuschließen, um die fanatischen Mitglieder derartiger Organisationen zum Zwecke gegen Mitglieder der Reichsregierung zu verleiten. Diese Worte sollen die deutschen Linksparteien gegen die Reichsparteien aufstacheln, um dadurch zu veranlassen, den Sozialismus in Deutschland zu verleben und die Zerstörung eines Bürgerkrieges heraufzubekommen, was als Endergebnis mit einem Siege des Bolschewismus enden werde.

Die sozialistische Arbeitsgemeinschaft.

Berlin, 19. Juli. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, die Allgemeine freie Deutsche Gewerkschaft, die SPD und die USPD, veröffentlichten einen Aufruf an ihre Mitglieder, in dem sie eine Darstellung der Vorgänge geben, die zur Bildung der Arbeitsgemeinschaft der sozialistischen Organisationen geführt hätten und ihre Lösung zur Frage der Auflösung des Reichstages rechtfertigen. Die Auflösung hätte zu einer Verschärfung der außenpolitischen Fragen geführt und seiner Klärung der dringenden Lösung der Reparationsfrage. Sie hätte die wirtschaftliche Notlage infolge der politischen Unsicherheit verschärft und auch die Arbeiterwelt besonders geschädigt. Deshalb hätten sie dies Mittel nicht angewandt. Der Aufruf schließt: Aber der Kampf ist nicht abgeklungen, er dauert fort. Das Werk der Einigung ist begonnen, es muß vollendet werden.

Die deutsche Forderung auf Herabsetzung der Ausgleichszahlungen.

Berlin, 18. Juli. In der zweiten deutschen Stundungsnote, die, wie berichtet, Ende voriger Woche in London, Paris, Rom und Brüssel, sowie den Vorgesetzten der Vereinigten Staaten von Amerika und Japan übergeben wurden, wird auf den an die Reparationskommission gerichteten Moratoriums-auftrag Bezug genommen und für die Zeit bis zum Ende des Jahres 1924 beantragt, daß die monatlichen Clearing-Raten, die zur Zeit zwei Millionen Pfund Sterling betragen, auf eine halbe Million Pfund Sterling herabgesetzt werden und daß die Verzinsungen aus Abschnitt 4 des Teils 10, insbesondere auf § 297 des Vertrags von Versailles in dieser Weise zu leisten sind.

Sozialdemokratischer Protest gegen die Sowjetjustiz.

Die Reichstagsfraktion der Sozialdemokraten und Unabhängigen hat gestern, wie im „Vorwärts“ zu lesen ist, an die russische Sowjetregierung ein Telegramm geschickt, in dem sie aus menschlichen, politischen und sozialen Gründen gegen alle Todesurteile Protest erheben und Schutz für das Leben der angeklagten Sozialrevolutionäre verlangen.

Die „Sicherheiten“ des Garantiefomitees.

Berlin, 19. Juli. Der Reichskanzler hat einen Brief vom Präsidenten des Garantieausschusses erhalten, der wieder einmal Schlimmes für Deutschland befürchten läßt. In diesem Briefe werden, wie gestern in parlamentarischen Kreisen verlautet und wie heute im „Volksbeobachter“ angedeutet wird, für die Gewährung des Moratoriums „Sicherheiten“ gefordert, unter anderem Ueberlassung von Pfändern in Gestalt von Industrieanlagen und Einführung einer sehr strengen Finanzkontrolle. Man vermutet, daß die Franzosen bei den Industriepfändern in erster Reihe an Montanaktiven, und zwar an die der Ruhr- und der rheinisch-westfälischen Industrie überhaupt denken. Wir möchten annehmen, daß diese Dinge vornehmlich heute im auswärtigen Ausschuss behandelt werden sollen, der um 1 Uhr mittags zusammentritt. Das Kabinett hat sich mit den Forderungen des Garantieausschusses am Sonntag und Montag beschäftigt.

Ausland.

Paris, 18. Juli. Der französische Ministerrat stellte sich auf den Standpunkt, daß die Verzinsung deutscher Arbeiter- und Materiallieferungen für andere als Wiederaufbauzwecke nach dem Friedensvertrag verlangt werden könne. Das Komitee für die befreiten französischen Gebiete bewirkt die Konkrete Abgabe von Traktoren und fordert deutsche Arbeiter und deutsches Material für den eigentlichen Wiederaufbau.

Boinears Ausweichen vor einer Begegnung mit Lloyd George.

Paris, 18. Juli. Nach einer Meldung der Agence Havas hat Boinears gestern Abend die britische Regierung davon verständigt, daß er nicht in der Lage sei, das Datum anzugeben, wann er mit Lloyd George in London zusammentreffen könne, bevor er Kenntnis von dem Bericht des Garantieausschusses genommen habe, der eventuell eine ernsthafte Grundlage für die geplante Begegnung über die Reparationen abgeben könne. Die dem britischen Geschäftsträger in Paris übermittelte Note schließt daher, so heißt es in der Havas-Meldung weiter, keinesfalls die Möglichkeit eines Zusammenkommens der beiden Staatsmänner aus, das übrigens in Paris wie auch in London willkommen wäre. Der französische Ministerpräsident behalte sich nur vor, den Augenblick auszuwählen, den er für den günstigen halte. (Boinears wird also die erste Hälfte nach der Lloyd George tanzen muß. Schriftl.)

Englisches Zurückweichen in der Reparationskommission.

London, 18. Juli. Der Pariser Korrespondent des „Daily Telegraph“ schreibt, Sir John Bradbury habe ihn ermächtigt, zu erklären, es sei nicht richtig, daß er der Reparationskommission Vorschläge bezüglich der Behandlung des deutschen Er-

ene Ehrenbürgerrecht...
schweres Bootunglück...
Kriminalpolizei...
Verhängnisfällen...
Handel und Verkehr...
Neueste Nachrichten...
Frankfurt a. M., 19. Juli...
Frankfurt a. M., 19. Juli...
Rhein, 19. Juli...
Dresden, 19. Juli...
Braunschweig, 19. Juli...
Berlin, 19. Juli...
Berlin, 19. Juli...
Berlin, 19. Juli...

arme, bedürftige Duldertin. Sie nahm Almosen und bat
um solche. Als sie im vorgeschrittenen Alter ins Asyl
geliefert wurde, sah sie sich von ihrem abgetragenen Unterrod
trennen wollte. Das Bedenkliche für sie lag in ihrem
Vermögen. Im Unterrod waren 300 Goldstücke eingekleidet,
die sie auf dem ganzen Hinterlassenschaft der Alten ausmachte.
Sie hatte außerdem noch ein Vermögen von 40 000 Schweizer
Frenk hinterlassen.
Leberleiden in den Abtälischen Alpen. Aus Inns-
bruck wird berichtet, daß anhaltender Regen die Straße der
Alpen zwischen Lust und Schönwies in einen Sumpf
verwandelt hat. Der Güterverkehr auf der Straße ist voll-
ständig unterbrochen, der Personenverkehr wird durch Um-
wege aufrecht erhalten. Auch in Norarberg ist die Straße
an Stellen gefährdet. Auf der Straße Feldkirch-Buchs
wird der gesamte Verkehr wegen Gefährdung der Fußbrücke
auf weiteres eingestellt werden. Auch die Montafoner
Straße ist unterbrochen.
Streit Lebensmittelpreise. Der Lebensmittelmarkt in
Wien hat am Montag Rekordpreise erreicht. Laut Wiener
„Presse“ kostete am Montag Schweinefleisch 10 500 Kr. pro
100 Kilo, bisher 7500 Kr., Speck 12 000 Kronen, bisher 8800 Kr.,
Eier 1000 Kr. pro Liter, bisher 720 Kr., und Eier 720 Kr.
pro 1000, bisher 450 Kr.
Die Diebe als Fotografen. Mit einem alten Trick haben
sich Londoner Diebe mehrere Geschäftsinhaber böse berein-
igt. Drei Mann, von denen einer einen photographischen
Apparat bei sich hatte, erschienen im Laden und bearbeiteten
den Inhaber solange, bis er einwilligte, sich mit seinen Ange-
hörigen von ihnen photographieren zu lassen. Der Dief und
seine Helfer wurden dann auf der Straße vor dem Laden hinhin-
geführt und dort aufgestellt und in der bekannten Weise ge-
fotografiert, ein freundliches Gesicht zu machen. Das tatete sie auch;
aber, ein freundliches Gesicht zu machen, als sie nach ge-
wisser Aufnahme in den Laden zurückkamen und die Laden-
besitzer gefordert. Als man nach den „Photographen“ um-
sah, waren sie samt ihren Helfershelfern verschwunden.
Versteigerung Reichswaren nach Deutschland. Eine Chica-
goer Geschäftsstelle hat mit deutschen Firmen einen Ver-
trag abgeschlossen, durch den sie sich verpflichtet, Reichswaren
in Wert von einer Milliarde Mark nach Deutschland zu
versenden.
Handel und Verkehr.
Zuttgart, 19. Juli. (Dolsbörse.) Die sehr hart bedrückte
Börse am Montag fand im Zeichen weiterer Preissteige-
rungen. Die Nachfrage nach Brennholz war nicht mehr so
stark, jedoch waren Bauholz und Schnittholz aller Art
auf dem Markt. Umfahle lebhaft. Nächste Börse: 31. Juli.
Kassel, 19. Juli. Dem Vieh- und Pferdemarkt waren
besonders: 113 Pferde, 65 Ochsen, 129 Kühe, 265 Rinder, 4 Por-
schweine, 17 Kälber unter einem Wertesjahr, im ganzen
Wert 20 000—25 000 Mark pro Paar, 30 000—35 000 Mark
pro 1000 Mark pro Paar, Kühe 30 000—35 000 Mark pro
Paar, Rinder 30 000—40 000 Mark pro Stück, Jungrinder
20 000—25 000 Mark, Marktställe 16 000—22 000 Mark, je pro
Stück. Der Handel war im Anfang sehr lebhaft, zum Schluß
ruhiger.
Göttingen, 19. Juli. Dem Viehmarkt wurden etwa 190
Kühe aller Gattungen und 4 Pferde zugeführt. Der
Markt in Kassel war sehr flau, nur Schlacht- und Jungvieh
wurde in größerer Menge zu sehr hohen Preisen. Ochsen und Stiere waren
auf dem Markt und wurden verkauft zu 24 000 bis
28 000 Mark der Stück, Kühe kosteten 29 000—35 000 Mark,
Jungrinder 26 000—35 000 Mark, Jungstiere 7 000—18 000 Mark,
Schweine waren 71 Stück zugeführt und wurden verkauft
zu 200—300 Mark das Stück.
Köln, 19. Juli. (Börsebericht der Allgäuer Boten-
schaft.) 1. Preisliste. Butter 67,57 Mark
Gesamtwert 64,83 Mark, Gesamtumsatz 84 692 (76 001) Pfund;
Beizöl mit 20 Prozent Fettgehalt 43,70 (30,75) Mark, Ge-
samtwert 48 612 (34 872) Pfund; Allgäuer Rundbäse 53,17
Mark, Gesamtumsatz 145 615 (142 833) Pfund. Die Preise
für den ersten Preis der Gesamtumsatzpreise für 1 Pfund ohne
Verpackung ab Versandstation für Ware, die nach Osten außer-
halb des Produktionsgebietes mit der Bahn verschickt wurde,
waren: Die Ware fließt weiter nach dem Norden ab.

festgestellt. Wo und bei welcher Gelegenheit Kern die Schrot-
schüsse erhalten hat, deren Spuren sich an seiner Leiche
zeigen, steht noch nicht fest.
Berlin, 20. Juli. Der Auswärtige Ausschuss des Reichs-
tags stimmte dem amerikanischen Vorschlag zur Errichtung
eines Schiedsgerichts zur Schlichtung aller sich aus dem
Friedensvertrag ergebenden Streitfragen zu. — Die politi-
schen Parteien des Saargebietes fordern vom Völkerverband die
Erziehung des saarländischen Mitglieds der Regierungskommission,
Dr. Dretor, durch einen gewählten Vertrauens-
mann der Saarbevölkerung. — Der Oberpräsident in Königs-
berg hat das Oberländer Volksblatt in Preussisch-Volland
wegen Beschimpfung der republikanischen Staatsform und
der Regierung auf 3 Wochen verboten. — Der Dollarkurs
betrug am Mittwoch 4 489,38.
Stettin, 19. Juli. Als heute mittag der Dampfer
„Swinemünde“ die Fahrt nach Swinemünde antreten wollte,
erschien ein Zug von Streikenden mit einer roten Fahne am
Anlegplatz des Dampfers und versuchte, das Schiffspersonal
zum Niederlegen der Arbeit zu überreden. Die Streikenden
erreichten auch, daß mehrere Heizer den Dampfer verließen,
jedoch dieser nicht abfahren konnte. Wie der „Stettiner
Generalanzeiger“ meldet, wurde darauf von der Technischen
Nothilfe Heizerpersonal zur Verfügung gestellt, sodas der
Dampfer abends auslaufen konnte. Der regelmäßige Be-
trieb Stettin-Swinemünde wird auch weiterhin mit Unter-
stützung der Technischen Nothilfe ausgeführt werden.
Breslau, 19. Juli. In der vergangenen Nacht wurde,
dem „Berliner Tageblatt“ zufolge, auf der Strecke Liegnitz-
Breslau ein in einem Abteil zweiter Klasse allein reisender
Deutsch-Amerikaner von zwei Männern überfallen, mißhandelt
und aus dem Zug geworfen. Von einem Bahnwärter auf-
gefunden, wurde er mit einem Güterzug nach einem Kranken-
haus transportiert. Von den Tätern fehlt jede Spur.
Wien, 19. Juli. (Amtlich.) Der Grenzort Hagers-
dorf im südlichen Burgenland wurde heute nacht von ungarischen
Militär und Gendarmen, Maschinengewehren und Handgranaten
bewaffneten Kräften überfallen. Die Landesstruppen wiesen
nach 2 stündigem Feuerkampf die ungarischen Banden zurück.
Die österreichische Regierung hat die notwendigen diploma-
tischen Schritte eingeleitet, um den Versuch einer neuerlichen
Verletzung des Burgenlandes abzuwehren.
Wien, 19. Juli. Die Münchner Meldung von der
Anwesenheit Kapitän Erhardts in Wien wird vom Neuen
Wiener Tagblatt als unrichtig bezeichnet. Der Aufenthalts-
ort Erhardt sei unbekannt.
Brüssel, 19. Juli. In Couillet (Hennegeu) flog ein
Hochofen in die Luft. Ein Arbeiter soll getötet worden sein.
Mehrere Arbeiter wurden verletzt. 30 Arbeiter wurden schwer
verletzt.
London, 19. Juli. Bei einem Brand in einem großen
Newporter Warenhaus, bei dem zahlreiche Explosionen er-
folgten, wurden 2 Personen getötet und 30 verletzt. Nach
den vorliegenden Nachrichten ist dies der größte Brand seit
demjenigen des Fitzgablesgebüdes. Sämtliche Newporter
Feuerwehren waren an der Brandstelle versammelt.
London, 19. Juli. Die heute erschienene Auflage des
Lloyd-Registers ergibt, daß die britischen Handelsdampfer
gegenwärtig über 33% der Weltschiffahrt tonnage aus-
machen gegen 44% im Jahre 13.
Washington, 19. Juli. Es wird bekannt gegeben, daß
Präsident Harding heute Telegramme an die durch den
Streik betroffenen Bergwerke abschickte, in denen er
die Bergarbeiter aufforderte, sofort ihre Tätigkeit wieder auf-
zunehmen.
Der badische Landtag zur Getreide-Umlage.
Karlsruhe, 19. Juli. Der Landtag beschäftigte sich heute mit
einem Zentrumsantrag, wonach die badische Regierung bei der
Rechtsregierung erneut dahin wirken soll, daß die von Baden
verlangte Menge Umlagegetreide so herabgesetzt wird, wie es
der diesjährige Saatensand erfordert, der in manchen Landes-
teilen bei einzelnen Getreidearten einer Minderernte gleich-
kommt. Der Abgeordnete Belschauer gab hierzu eine eingehende
Begründung und sagte, die vom Reichstag beschlossene
Getreideumlage bedeute für die badische Landwirtschaft eine
übermäßige und ungerechtfertigte Sonderbesteuerung von 2 1/2
Millionen, gegen welche die badische Regierung sich verschied-
entlich gewehrt habe. Die Regierung sei bereit, nochmals
dortvortellig zu werden. Der Landtag mochte sich freimütig hinter
die Regierung stellen. — Der Antrag wurde ohne Debatte bei
nur einer Stimmenthaltung angenommen.
Die neue Spannung München-Berlin.
München, 19. Juli. Der Ministerrat tagte von vormittags
10 Uhr bis mittags und nach einer Pause von 4 Uhr nachmit-
tags bis abends. Das ein Bruch zwischen Berlin und Mün-
chen erfolgen wird, davon kann nicht im entferntesten die Rede
sein. Man wird versuchen, ob es nicht noch Mittel und Wege
gibt, die letzten Reste bayerischer Selbstständigkeit zu wahren.
Der Ministerrat wird, so nimmt man an bestimmte Vorschläge
der Koalitionsparteien unterbreiten. Weher die Regierung
noch die Koalition werden sich mit einem fatalistischen Absie-
gen in die Situation fügen, aber ebenso werden Verhältnisse
nicht geschaffen werden, die die politische Einheit des Reiches
stören und Bayern außerhalb des Reichesverbandes stellen
würden. Zwischen Verrat und Separation vom Reich liegt
nach Ansicht der führenden Persönlichkeiten in Bayern noch ein
weites Gebiet von Möglichkeiten zur Wahrung der bayerischen
Interessen.
Die bayerischen Kommunisten wittern Mangel.
München, 19. Juli. Im Münchner Organ der Kommu-
nisten fordert die Bezirksleitung Südbayern der Kommunisti-
schen Partei zum Generalstreik auf. Unter der Parole: Pro-
letariat erwacht! ruft die Parteileitung der KPD, die soziali-
stischen Parteien und die Gewerkschaften auf und sagt: Für
das Land Bayern müssen Kontrollratschüsse gebildet werden.
Im Gebiet des Inn und der Alz ist die Arbeiterschaft mit ge-
nauem Vorbehalt voranzugucken. Dies ist der Weg, der von den
Organisationen des Proletariats bei der Ermordung Mathe-
sen beschritten worden ist und konsequent weitergegangen
werden muß. Nur durch eine ungeheure Verstärkung der par-
lamentarischen Kampfmittel durch außerparlamentarische Ver-
fahren wird die Reaktion besiegt. Ein Umsturz auf vollem
Berge wäre ein Sieg der Reaktion, der diese viel übermächtiger
machen würde, als sie jemals war.

Barockberufung der bayerischen Reichswehretuppen.
München, 19. Juli. Die in München lebenden bayerischen
Truppen der Standorte München, Augsburg, Kempten, Lind-
au und Landsbut, sowie das auf dem Truppenübungsplatz
Ochsenfeld stehende Würzburger Reichswehretuppen sind mit Ge-
nehmigung des Reichswehrministeriums telegraphisch in ihre
Standorte zurückberufen worden, wo sie bereits eingetroffen
sind oder heute noch eintreffen. Die anderen noch in Ochsen-
feld lebenden bayerischen Truppen werden demnächst folgen.
Besprechungen über die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft.
Berlin, 19. Juli. Der demokratische Parteivorstand war
heute zusammengesessen, um in mehrstündigen Besprechungen
die Frage der Arbeitsgemeinschaft der Parteien der Mitte zu
erörtern. Nachdem festgestellt worden war, daß es sich zunächst
nur um eine parlamentarische Institution handeln soll zur
Erleichterung der Arbeiten und keine Verschmelzung der Par-
teien beabsichtigt sei und auch keine Bildung einer bürgerlichen
Block, wurde von einer Entschließung abgesehen und der Be-
schluß der Reichstagsaktion, sich dieser Arbeitsgemeinschaft
anzuschließen, zur Kenntnis gebracht. Gleichzeitig haben heute
auch die Vertreter der drei Fraktionen der bürgerlichen Mitte
geplant, um daselbst ein Programm zu erörtern. Es wurde eine
Entschließung gefaßt, die heute nacht noch durch die Telegra-
phenagenturen verbreitet werden wird. Auch hier wurde aus-
drücklich der Gedanke abgelehnt, einen bürgerlichen Block zu
bilden. Ueber die Ausgestaltung der Arbeitsgemeinschaft sollen
die Verhandlungen fortgesetzt werden.
Einigung über die Arbeitsgrundlage.
Berlin, 19. Juli. Am Mittwoch vormittag traten auf Ein-
ladung des Zentrums die Führer der bürgerlichen Regierungs-
parteien und der Deutschen Volkspartei im Reichstag erneut
zu einer Sitzung über die geplante Bildung einer Arbeits-
gemeinschaft zusammen. Dabei wurde wiederholt die grund-
sätzliche Übereinstimmung der drei Parteien über die Bildung
der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft festgestellt. Die Deutsche
Volkspartei trat abermals für die Einbeziehung der bayerischen
Volkspartei ein und es bestand auch Einigkeit darüber, daß der
bayerischen Volkspartei der Eintritt in die Arbeitsgemeinschaft
offen steht. Diese Partei wird auf einem demnächst abzuhal-
tenden Parteitag darüber verhandeln. Darauf wurde gemein-
sam der Arbeitsplan für die geplante parlamentarische Arbeits-
gemeinschaft beraten. Die Beratung führte zur Festlegung
einer gemeinschaftlichen Arbeitsgrundlage, die durch Veröffentli-
chung einer gemeinschaftlichen Erklärung der genannten Par-
teien bekräftigt werden soll.
4,9 Milliarden Mark Fehlbetrag bei der Reichseisenbahn.
Berlin, 19. Juli. Der Abgang des ordentlichen Haushalts
der Reichseisenbahnverwaltung für 1922 liegt vor. Er ergibt
eine Einnahme von 4,1 Milliarden und eine Ausgabe von rund
9,0 Milliarden. Der Fehlbetrag beläuft sich mithin auf 4,9 Mil-
liarden. Das ist gegenüber dem Haushaltsanlaß 22 von 10,8
Milliarden eine Verbesserung um 3,9 Milliarden und gegen
den Fehlbetrag im Rechnungsjahr 20 mit 15,6 Milliarden eine
Verbesserung um 8,7 Milliarden. Der Fehlbetrag ist also ge-
ringer als nach der vom Reichsversicherungsamt bekanntgege-
benen Schätzung. Die Verbesserung des Ergebnisses ist einer-
seits den Tarifserhöhungen, der günstigen Verkehrssteigerung,
der sparsamen Erfassung aller sonstigen Einnahmeposten, ander-
erseits den Erfolgen auf dem Gebiete der Ausgaben-Wirts-
schaft zu danken.
Säuberung aus politischen Gründen.
Berlin, 19. Juli. Der Antische preussische Pressedienst
meldet: Das Preussische Staatsministerium hat in seiner ge-
sterten Sitzung beschlossen, den Regierungspräsidenten Dr.
Kort in Eriar zum konstituierenden Oberpräsidenten der Rhein-
provinz zu bestellen. In der gleichen Sitzung wurde beschlos-
sen, die folgenden Regierungspräsidenten aus allgemeinen po-
litischen Gründen in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen:
von Gersdorff, Werleburg, von Schmeling, Stettin, von Grö-
ning, Koblenz, Freiberger von Dalwig zu Hagenfeld, Kaden,
von Debye, Kurich, Groß von Weerweldt, Münster, Dr. Kus-
cher, Hildebrandt.
Neue Konflikte mit General Rollet.
Berlin, 19. Juli. General Rollet verlangt seit langer Zeit
eine Entschädigung über das gesamte deutsche Kriegsmaterial, wel-
ches nach Abschluß des Waffenstillstandes sich noch in unserem
Besitz befand. Er braucht sie zu einem Vergleich mit dem, was
abgeliefert wurde. Hierzu wird von ausländischer Stelle mit-
geteilt: Wir haben ihm immer wieder erklärt, daß eine solche
Entschädigung in zweifelsfrei Weise nicht ausgemacht werden könne,
denn wir wissen nicht, was damals im Besitz deutscher Stellen
vorhanden gewesen und was während des Krieges in die Hände
der Feinde übergegangen ist. Ein Kontrollkomitee hat im
Spanischer Krieg die früheren Abnahmekommissionen
vorgeschrieben. Er glaubt, daß diese Akten als Unterlagen für
die Statistik von Bedeutung sein könnten und verlangt deren
Durchsicht. Auf seinen Wunsch sagte ihm der zuständige
deutsche Offizier zu, diese Akten sollten bis zum nächsten Tage
liegen bleiben. Inzwischen hatte das Reichswehrministerium
eine Untersuchung über den Fall Rollet eingeleitet und die
Schaffung dieser Akten nach Berlin schon vor dem Beginn des
Kontrollkomitees angefordert. Gerade an diesem Tage kam
der Befehl, die Akten nach Berlin zu schaffen. Der Kontroll-
komitee fand sie also am nächsten Tage nicht mehr vor, worin
General Rollet einen Vorwand erblickte, ihm die Akten zu ent-
ziehen. Die Akten können in Berlin eingeleitet werden, wenn
Wenn
man etwas verkauft,
vermietet oder ver-
pachtet oder etwas
sucht, so bringt man
eine Anzeige im
„Euztäl“
Die große Verbreitung in allen Bevölkerungs-
schichten sichert Erfolg.
Bei Anfragen um Auskunft von der Geschäftsstelle
des Blattes ist stets das Porto für Rückantwort oder
für Weiterbeförderung der Angebote usw. beizufügen.

die Kontrollkommission überhaupt das Recht hat, Akten zu verlangen, was abgelesen von diesem Falle diesseits grundsätzlich bestritten wird. Noller konstruiert natürlich einen neuen Obfraktionsfall. Unser Versäßen geht aber seit langer Zeit dahin, der Kontrollkommission nach Möglichkeit keinerlei Schwierigkeiten zu machen.

Demonstration gegen die Brotversteigerung.

Wien, 19. Juli. Heute vormittag versammelten sich vor dem Parlament gegen 1000 Arbeiter zweier Fabriken, um gegen die Teuerung, insbesondere gegen die Brotversteigerung, zu demonstrieren. Viele Geschäfte der inneren Stadt sind geschlossen. Die Redner sind auf die begünstigenden Reden der Vertrauensmänner der sozialistischen Partei trotz der Gegenaktion kommunistischer Redner abgezogen, nachdem eine Demonstration von Betriebsräten zur Regierung entandt worden war.

Austritt Dr. Düringers aus der Deutschnationalen Reichstagsfraktion.

Berlin, 19. Juli. Der frühere Reichsgerichtsrat und bairische Justizminister Professor Dr. Düringer hat in einem Schreiben an den Reichstagspräsidenten Lobe seinen Austritt aus der deutschnationalen Fraktion mitgeteilt. Dr. Düringer gehörte von jeher der gemäßigten Richtung in der deutschnationalen Reichstagsfraktion an, deren verheerende Tätigkeit er scharf verurteilte. Er nahm auch in der Frage der Weisung zum Schutz der Republik eine wesentlich verhältnismäßigere Stellung als die Mehrheit seiner Fraktionskollegen ein und es ist für seine Denkungsart bezeichnend, daß er bei der Schlußabstimmung über die Weisung zum Schutz der Republik, die seine Partei in schärfster Opposition sah, im Reichstag nicht anwesend war.

Berlin, 19. Juli. Der Reichstagsabgeordnete Denning hatte bei der Vereitelung der deutschnationalen Volkspartei die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses beantragt, um gewisse gegen ihn schon seit langem erhobene Vorwürfe prüfen zu lassen. Der Untersuchungsausschuss ist zu dem Ergebnis gelangt, daß gegen den Abgeordneten Denning nichts vorliegt, was ihn strafrechtlich belastet, oder ehrenrührig erscheint, daß aber die Art seiner politischen Betätigung den Interessen der Partei nicht entspricht. Die Reichstagsfraktion und der Vorstand haben daraufhin die Erklärung abgegeben, daß ein weiteres Verbleiben Dennings in der deutschnationalen Fraktionsgemeinschaft unerwünscht erscheint.

Korfanty noch immer auf der Ministerfährde.

Warschau, 19. Juli. Gestern haben die Parteien der Rechten und das Zentrum eine Verotung über die durch die Demissionandrohung des Staatsoberbautes geschaffene Lage abgehalten. Die Abgeordneten Federowisch und Koffet hatten kurz vorher noch einmal mit Korfanty konferiert. Dieser erklärte, sein Entschluß richte sich nicht gegen die Person Korfantys, sondern sei dadurch begründet, weil er im gegenwärtigen Augenblick jede Kabinetregierung ablehnen müsse. Ein Kommuniste der Rechten enthält die Feststellung, daß sie keineswegs beabsichtige, eine Staatskrisis zu verursachen und daß sie in der Kabinettsbildung für eine Verständigung mit der Linken arbeite. Korfanty hat vorgestern und gestern die Verhandlungen mit den Ministern fortgesetzt. Es heißt, daß Kriegsminister Sosnowski und der Finanzminister in das Kabinett eintreten sollen. Dem gegebenen Außenminister Stirumunt wurde von Korfanty neuerdings das Außenministerium angetragen. Er hat seine Entscheidung noch nicht bekannt gegeben.

Ein weißer französischer Rabe.

Paris, 19. Juli. Professor Viktor Balch von der Sorbonne schreibt heute in der Revue Rouvelle, er gehöre nicht zu denen, die schreiben Poincare - la guerre est légitime. Ich habe versucht, in diesem Blatte zu beweisen, daß der ehemalige Präsident der Republik im Jahre 1914 den Krieg nicht gewollt hat und ich bleibe auch davon überzeugt, daß er heute ihn nicht mehr will, als er ihn damals wollte, aber ich bin auch davon überzeugt, daß die Politik, die er heute verfolgt, für Europa und Frankreich gefährlich und ungerade gegenüber Deutschland ist. Er will nicht einleben, daß es zwei Deutschland gibt und daß er das demokratische, arbeitssame und pazifistische Deutschland verkennt. Dadurch stärkt er das Alldeutschtum und erweckt den Imperialismus von neuem. Es ist ihm nicht möglich, das Wort oder die Feder zu ergreifen, ohne Worte des Hasses auszusprechen oder niederzuschreiben und unaufhörlich wieder die alten Klenden auf und richtet sich gegenüber dem Feinde von gestern wie vor einem Feinde von heute auf. Nicht durch diese Methode kann man das bis in seine Grundfesten erschütterte Europa wieder aufbauen, kann das zerstörte Frankreich wieder wirkliches Leben gewinnen, kann das schwere Frankreich wieder wirkliches Leben gewinnen. Die Länder, die die schwere Aufgabe haben, die Welt von Morgen aufzurichten, müssen sich zu der Möglichkeit emporbauen, daß sie, ohne zu ergreifen, doch zu

verzeihen verstehen. Sie müssen der Stimme der Verantwortung in der Zukunft zugänglich sein als dem Groß der Vergangenheit. Das ist die Schlußfolgerung, die Professor Balch aus den Erfahrungen seiner Reise zieht, die er mit Vertretern der Liga für Menschenrechte nach Deutschland unternommen hat.

Um die Herabsetzung der Reparationen.

London, 19. Juli. Reuters meldet aus New York: Ein Bericht eingetroffen, wonach Großbritannien die Herabsetzung der Reparationen vorgeschlagen und gleichzeitig ein Antrag auf die ihm geschuldeten Summen zu verweigern. Dieser Bericht ist nicht bestätigt worden, er hat aber Aufmerksamkeit und Zustimmung einiger der führenden Mitglieder hervorgerufen. "Globe" schreibt dazu: Mit einer bemerkenswerten Würdigung hat Großbritannien das Gewebe von Schuld und Selbstmord zerrissen, das Deutschland niederhält. Durch wird bewiesen, daß keine Regierung auf wirtschaftlichem Gebiet die intelligenteste ist. — Die "Tribune" sagt, das bedeute einen Schritt aufwärts auf dem Wege zum Ausbruch der französischen und der britischen Interessen.

Ohne Deutschlands Mitarbeit keine Zivilisation Europas und Wohlfahrt Englands.

London, 20. Juli. Der Lordkanzler Lord Birkenhead hat gestern in London eine Rede, in der er sagte, die Zivilisation Europas und die Wohlfahrt Englands könnten nicht weiter gefördert werden, wenn es nicht in der einen oder der anderen Weise möglich sei, daß Deutschland einen Beitrag im Interesse der Völker Europas und des europäischen Handels leistet. Er habe niemals die Auffassung der Leute geteilt, die behaupteten, das Sinken der Mark beruhe auf einer ausgeprägten Berechnung von Seiten der Deutschen. Das sei vielmehr in dem Maße das Ergebnis einer unklugen Finanzpolitik, die werde aber einen großen Irrtum begehen, wenn man sich die außerordentlichen Schwierigkeiten klar mache, vor denen die deutsche Regierung in den letzten Jahren gestanden habe. Schließlich hoffe er, daß es möglich sein werde, daß die im letzten Krieg alliierten Gewesen seien und im gegenwärtigen Augenblick die Verantwortung für die in der nächsten Zukunft zu ergreifenden Maßnahmen tragen, eine Lösung finden werden, die es ermöglicht, daß Deutschland eine bedeutende Summe zahle, ohne daß es dabei in eine Lage komme, die im Endes jede Zahlung unmöglich machen würde.

Bezugspreis:
 In Reichsmark in Neuenbürg: ...
 Nr. 168.



Dixin das dankbare Seifenpulver
 ist sparsam im Gebrauch und billig.
 ALLEINIGE HERSTELLER:
 HENKEL & CO., DUESSELDORF

Regierung des Schwarzwaldkreises.
Zwangsinnung.
 Die Abstimmungsliste über die Errichtung einer Zwangsinnung für das Schuhmacherhandwerk im Oberamtsbezirk Neuenbürg ist auf die Dauer von zwei Wochen vom Erscheinen dieses Blattes an gerechnet zur Einsichtnahme und Erhebung etwaiger Einsprüche der Beteiligten auf der Kanzlei des Oberamts Neuenbürg, Zimmer Nr. 5, öffentlich ausgelegt.
 Einsprüche, welche nach Ablauf dieser Frist angebracht werden, können keine Berücksichtigung finden.
 Neuenbürg, den 15. Juli 1922.
 Der Kommissar:
 Dr. Schmid Reg.-Rat.

Feldrennach.
Der Anstrich des Schindelschirmes
 am neuen Rathaus ist zu vergeben. Offerten erbittet binnen 4 Tagen.
 Den 18. Juli 1922.
 Gemeinderat.

Vom 1. April beträgt die
Tage der Hebammen
 500 Mark.
 Der Hebammenverein.

D. H. V.
 Samstag abend 8 Uhr
außerordentliche Versammlung.
 Redner: Kollege Hald, Heilbronn. Vollzähliges Erscheinen erwartet.
 Der Vorstand.

15 bis 20000 M.
 gegen gute Sicherheit auf ein Wohnhaus aufzunehmen gesucht.
 Zu erfragen in der Enztalergeschäftsstelle.

Zimmer
 zum 1. August ev. oder später für Dame gesucht.
 Geil. Angebote im Eisenfuri Sägewerk erbeten.

Wie drucken

Kataloge, Preislisten, Broschüren, Prospekte, sowie alle sonstigen für den Geschäfts-Bedarf nötigen Druckarbeiten in vornehmer und zweckentsprechender Ausstattung.

C. Meeh'sche Buchdruckerei
 Inh. D. Strom
 Neuenbürg, Fernsprecher Nr. 4.

Der Konsumverein Calmbach a. G.
 hält am Montag, den 24. Juli, abends 8 Uhr, in der „Arauc“ eine außerordentliche General-Versammlung ab.
 Tagesordnung:
 Verschmelzung des Vereins mit dem Verein in Neuenbürg zu einem Bezirksverein.
 Zu dieser wichtigen Tagung laden wir sämtliche Mitglieder ein, auch Höfener Mitglieder möchten vollzählig erscheinen.
Die Verwaltung.

Achtung!
 Auf dem Turnplatz in Neuenbürg ist das Sommer-Variété G. Proba aus Obereschlehen eingetroffen, um hier einige Tage Vorstellungen zu geben. Die Vorstellungen bestehen aus Gymnastik, Akrobatik, Athletik und Seiltänzen. Alles durch Zettel und Plakate. Lade alle Kunstliebhaber ein.
Achtung!
 Zur Amtsenthebung...
Achtung!
 Auf dem Turnplatz in Neuenbürg ist das Sommer-Variété G. Proba aus Obereschlehen eingetroffen, um hier einige Tage Vorstellungen zu geben. Die Vorstellungen bestehen aus Gymnastik, Akrobatik, Athletik und Seiltänzen. Alles durch Zettel und Plakate. Lade alle Kunstliebhaber ein.
Die Direktion: G. Proba.
 Vertrieben Obereschlehen.

Stuttgart, 19. Juli.
 nach letzte Beratungen...
Stuttgart, 20. Juli.
 mer und des Verbandes...
Berlin, 19. Juli.
 nsten befreitende Wehr...
München, 20. Juli.
 bayerischen Volksrecht...